

# Leipziger Tageblatt

und

## Anzeiger.

N<sup>o</sup> 280.

Sonntag den 7. October.

1849.

### Unsere Landtagsabgeordneten. \*)

Dem allgemeinen lebhaften Interesse an den politischen Fragen im verflossenen Jahre ist theilweise eine Theilnahmlosigkeit gefolgt, was im Interesse des Gemeinwohls sehr zu beklagen ist; denn nicht bloße Neugierde nach den Tagesereignissen, sondern der Rapport, den dieselben auf Menschen und Volkswohl ausüben, muß das Interesse jedes Gebildeten, der Menschheit sich Bewußten spannen. Wohl hängen bornirte kleinliche Menschen an Nebensachen, stellen diese, stellen die Mittel höher als den Zweck. Volkswohl soll die Politik, Staatslehre, soll der Socialismus, der Communismus, soll die aristokratische und die demokratische Monarchie oder Republik erzielen, sogar der patriarchalische Absolutismus präntirt dies. Die Anhänger des Einen oder des Andern werden dem entsprechende Ansichten behaupten. Leider findet das Volk nur zu oft in den Persönlichkeiten den Werth oder den Unwerth der Doctrinen. Ueber die Doctrinaires — heißen sie Thiers, Guizot, oder Gagern, Radowiz, Ruge — vergessen die Zeitgenossen die Endzwecke. Thatsache ist: Viele Uebelstände bestehen in unsern socialen Verhältnissen. Der mittlere Wohlstand schwindet, Massenverarmung greift um sich; nach allen Seiten herrschen Mißstände, für alle Classen verlangt man Hülfe oder Schutz. Für die Landwirthschaft, für die Gewerbe, für Schule und Kirche, für Gemeinwesen, für Gerichtswesen &c. bedarf es besserer Regelungen. Wo ist der Arzt? wo die Arznei? Die Regierung und die Landtagsabgeordneten, die Freiheit, die Einheit soll es sein? Die Regierung wird zwar von dem Oberhaupte, dem Könige, bestellt, doch in einem constitutionellen Lande muß dieselbe den Principien huldigen, die im Lande durch seine Vertretung aufgestellt werden. Natürlich muß bei Zweifeln ans Volk appellirt werden, wenn es fraglich, ob die Vertreter der Gesinnung des Landes entsprächen, und das Volk muß und wird dann bei Neuwahl einer oder der andern Meinung gemäß wählen. So wird die Stimme der Volksvertretung Geltung erhalten, Volkswohl erzielt werden.

Welche Männer sind als Volksvertreter am geeignetsten? — Sonst fanden sich die Stände und Classen im Volke abgegrenzter; jetzt sind Vorrechte der Geburt und des Standes durch die wichtigere Trennung des Besitzstandes gegenüber dem Arbeitsstande in den Hintergrund getreten. Der Staat muß vor Allem sorgen, daß alle Staatsangehörige existiren können. Der Massenverarmung, dem Sinken des Wohlstandes muß entgegengetreten werden. Darum thut es Noth, Männer zu wählen von tiefer Einsicht in die allseitigen Lebensverhältnisse unsres Landes. Alle Classen und Stände werden solche Männer besitzen, aber sie müssen vor Allem neben der Einsicht die erste Eigenschaft: Uneigennützigkeit, sowohl für ihre Person, als ihren Stand, besitzen. Ein Kennen der Uebel, ein warmes Herz für die Noth, ein redliches Wollen Besserungen zu erstreben, nicht den status quo des bestehenden Elends zu conserviren, muß den Mann, der Volksvertreter sein kann, beselen. Unabhängigkeit, mehr noch in Gesinnung, als in Bezug auf bürgerliche Stellung, ist ebenfalls höchst

\*) Die freie Presse erheischt freie Besprechung öffentlicher Charactere innerhalb der Schranken des Gesetzes, der Gewissenhaftigkeit und des Anstandes. In diesem Sinne haben wir auch nachstehenden, uns von einem hiesigen Gewerbtreibenden zugesendeten Aufsatz aufgenommen, zumal es ebenso im Interesse der verschiedenen Parteien liegt, ihre eigene Auffassungsweise kund zu geben, als die gegenseitige kennen zu lernen. Daß unter der obigen Voraussetzung auch Entgegnungen Aufnahme finden, möge bloß für diejenigen ausdrücklich hinzugefügt werden, welche aus jedem Partei-Aufsatz eine partielle Richtung d. Bl. argwöhnen.

Die Red.

nothwendig. Denn Männer, denen Parteitendenzen zu verfolgen als eifrigstes Bemühen gilt, dürften nicht geeignet sein. Ein Buttke, ein Biedermann, ein Delcker sind schwerlich anzurathen. Vor Schönrednern, denen praktisches Thun fern lag, hüte man sich. Weiter dürfte als Regel anzunehmen sein, daß bei den ehrenwerthesten Ausnahmen Lehrer, insbesondere Volkslehrer nicht geeignet sind; es macht deren gedrückte Lage zwischen Volk oder Gemeinde und den Geistlichen sie nicht unabhängig im Urtheil, auch bei vielem Wissen sind sie zu oft Pedanten. Noch weniger Vertrauen dürfte im Allgemeinen unsern protestantischen Geistlichen geschenkt werden. Ihr Eid auf die symbolischen Bücher macht sie unfrei, und begabte aber hyperorthodoxe Geistliche, wie unser Harleß, mögen gut zu einem Oberhofprediger taugen, doch zu einem Landtagsabgeordneten schwerlich. Außer Lehrern und Predigern wären auch zu viele Juristen bedenklich, weil ihr Wissen der Rechtswissenschaft als Broderwerb bei ihnen zu leicht den Rückgedanken, ihre Abgeordnetenstelle zur Aemterjagd zu benutzen, zuläßt. Nach diesen bleiben noch die Bedenken gegen Defiziere und Regierungsbeamten. Ein geachteter Preuze hörte auf Beamter zu sein, um als guter Bürger sich betrachten zu können! Wie viele höchst ehrenwerthe Ausnahmen jedoch zu machen, soll nicht in Abrede gestellt werden, doch die Kämpfe in Frankreich haben bewiesen, und thun es noch: die Incompatibilität der Beamten zu Deputirten. Ihre Abhängigkeit ist unbestreitbare Thatsache. Im Dienstwege mag die Regierung das Wissen ausgezeichneter Beamten benutzen. Das Volk sollte im Volke, d. i. im Gegensatz, außer seinen Vorgesetzten, seine Vertrauensmänner suchen. Mit diesen Ausschließungen soll aber nicht gemeint sein, — ich wiederhole dies — alle Männer aus den bezeichneten Classen auszuschließen; au contraire ist zu wünschen, daß Männer auch aus diesen nicht fehlen, sobald anzuerkennen, daß neben der Einsicht es ihnen an Uneigennützigkeit nicht fehle, an gutem Herzen, an festem Willen, besonnener selbstständiger Ueberzeugung. Höchst nöthig ist auch Opposition; bei Inbetrachtung von Aenderungen, Besserungen sind verschiedene Auffassungsweisen nothwendig. Nach den Debatten des Für und Gegen müssen dann die redlichen Männer nach schlüßlich gewonnener Ueberzeugung stimmen. Darum dürften redliche Männer nie sich zu fest an ein Parteiprogramm binden. Es sei hier an den ehemaligen Bürgermeister Klinger erinnert, der im vorigen Jahre weder vom deutschen Verein, noch von dem Vaterlandsverein sich ins Schlepptau nehmen ließ, so sehr aber dessen Einsicht und vielseitige Tüchtigkeit nicht verkannt werden sollte, läßt man solche Männer fallen? — Schließlich noch einige Urtheile über die in Leipzig aufgestellten Candidaten, die berücksichtigt werden müssen, um nicht ein zweckwidriges Stimmenzerplittern zu veranlassen.

(Schluß folgt.)

### Ein Wahlvorschlag \*).

Wollte ich schon in der Ueberschrift den Inhalt meines Vorschlags angeben, ich fürchte, es würden manche, an sich sehr einsichtsvolle, wohlmeinende, in Bezug auf den Inhalt aber etwas

\*) Der Umstand, daß dieser Vorschlag, da schon vier Wahlvereine ihre Candidaten aufgestellt haben, jetzt — ohne des Verf. Schuld — zu spät kommt, mag dem Publicum den Beweis liefern, daß er rein aus Ansichten über die sich entwickelnde Gestaltung der bürgerlichen Gesellschaft in der Zukunft entsprungen ist. So wolle man denn wenigstens die Motive nicht verkennen.

D. Verf.